

06.11.2006

Stadt Dessau

Zerbster Straße 4, 06844 Dessau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt
am 14.03.2006**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Sitzungsort: Raum 228

Vorsitz

Otto, Hans-Georg

Fraktion der CDU

Buro, Tobias
Kopf, Andreas
Lohde, Jacqueline

ab TOP 2 anwesend

Fraktion der PDS

Krüger, Harald
Scheibe, Günter Dr.
Schönemann, Ralf

Vertretung für Herrn Dr. Günter Scheibe

ab TOP 2 anwesend

Fraktion der SPD

Eichelberg, Ingolf
Ledwa, Konrad

bis 17.30 Uhr anwesend

Vertretung für Herrn Ingolf Eichelberg ab
17.30 Uhr

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Schmidt, Holger Dr.

Fraktion Pro Dessau

Böhler, Axel

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Entschuldigt

Fraktion Freie Wähler

Göricke, Hagen

Verwaltung

Gröger, Karl

1. Bekanntgabe der nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vom 11.01.2006

Niederschrift

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Beschluss der Tagesordnung

Nachdem die Sitzung des Ausschusses für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt durch seinen Vorsitzenden, **Herrn Oberbürgermeister Otto**, eröffnet wurde, stellte er die form- und fristgerechte Ladung zur Ausschusssitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zur Erläuterung der vorgesehenen Informationen seitens des Dezernats für Bauwesen und Umwelt im Punkt 3.2 der Tagesordnung übergab er das Wort an **Herrn Beigeordneten Gröger**, der als wesentliche Punkte für die heutige Sitzung die Themen

- Quartierskonzept „Stadteinfahrt Ost“ (Dr. Wallraf, Stadtplanungsamt)
- Bis zum Jahr 2010 geplante Baumaßnahmen der Stadt, der Wohnungsunternehmen und privaten Investoren (Stadtplanungsamt)
- Einziehung von Teilen der Garten- und Ackerstrasse (Tiefbauamt)
- Neuausschreibung der Tierheimbetriebe (Umweltamt)
- Absage der Ausrichtung der Landesgartenschau 2010 (Umweltamt)

benannte. Die Vorstellung des Quartierskonzepts „Stadteinfahrt Ost“ stelle den Auftakt weiterer Informationen zu den Quartierskonzepten „Agnesviertel“ und „Am Leipziger Tor“ in den Ausschusssitzungen am 25.04.2006 sowie am 30.05.2006 dar.

Für den Informationspunkt zur Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen erfolgte die Ausreichung der Beschlussvorlage an die Ausschussmitglieder als Tischvorlage.

Frau Lohde, CDU-Fraktion, sah in dieser Auflistung die Erfindung einer neuen Tagesordnung, so dass die öffentliche Behandlung wichtiger Themen, wie beispielsweise des Stadtumbaus, aufgrund der ausgebliebenen Bekanntmachung der Themen nicht möglich sei. Einer derartigen Erweiterung der Tagesordnung ohne vorherige Ankündigung könne sie nicht zustimmen.

Diese Informationsthemen als ausreichend für einen zusätzlichen Sitzungstermin des Gremiums bezeichnend, machte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, den Vorschlag, die Punkte, die mit Terminstellungen verbunden sind sowie die Ausführungen des Herrn Dr. Wallraf, heute zu behandeln und die weiteren auf die nächste Sitzung zu verschieben, um deren Behandlung im Vorfeld öffentlich bekannt machen zu können.

Zustimmung fand diese Verfahrensweise von **Herrn Schönemann, PDS-Fraktion**, da Fristen eingehalten werden und Informationen mit nachrangiger Priorität wie beispielsweise die Nachbetrachtung zur LAGA-Bewerbung sicher im kommenden Ausschuss beraten werden können.

Auf die Frage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, nach weiteren Einwendungen zur Tagesordnung, bekräftigte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, ihre Forderung nach Ausreichung von entsprechenden Unterlagen vor der Behandlung der Themen.

Herr Beigeordneter Gröger sicherte dieses zu. Für die Behandlung der weiteren Quartierskonzepte werden Kurzfassungen zur Vorinformation ausgereicht. Er schätzte jedoch, vor dem Hintergrund der im Zusammenhang zu behandelnden bzw. zur Information anstehenden Themen des Stadtumbaus, die Fristen der derzeitigen Sitzungstermine als zu lang ein.

Zur ersten Abstimmung in Bezug auf den weiteren Arbeitsplan des Ausschusses wurde durch **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, eine Auflistung der Themenschwerpunkte für die weitere Ausschussarbeit an die Fraktionen und die Verwaltung verteilt. Nach Rückäußerung könne über die weitere Vorgehensweise in der nächsten Ausschusssitzung beraten werden.

Weitere Anträge auf Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt, so dass diese mit der Ergänzung der Punkte:

- Stadtumbau Ost, Quartierskonzept „Stadteinfahrt Ost“
- Neuausschreibung der Betreuung des Tierheims
- Stadtumbau Ost, Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen

sowie der Vertagung der Punkte:

- Bis zum Jahr 2010 geplante Baumaßnahmen der Stadt, der Wohnungsunternehmen und privaten Investoren
- Absage der Ausrichtung der Landesgartenschau 2010

bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses einstimmig angenommen wurde.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 7
Nein: 0
Enthaltung: 0
Befangen: 0

Herr Beigeordneter Gröger informierte darüber, dass in der Ausschusssitzung vom 11.01.2006 keine nicht öffentlichen Beschlussfassungen erfolgten.

2. Öffentliche Beschluss- und Informationsvorlagen

2.1. Beschluss über die Befreiung von den Festsetzungen des B-Planes Nr. 101-G3 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet G3" für das Grundstück Reichardtstraße 4 Vorlage: BV/016/2006/VI-61

Nach einer kurzen Einführung in die Beschlussvorlage durch **Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes**, kritisierte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, mit dem Hinweis auf die vorhandenen Sondergebiete, die Aufweichung des B-Planes, welche Ihrerseits keine Zustimmung finden könne.

Herr Schönemann, PDS-Fraktion, gab seiner Freude über den Geschäftserfolg des Antragstellers Ausdruck und befürwortete das positive Ergebnis der Einzelfallprüfung der Verwaltung.

Auch für **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, sei der Beschlussvorschlag, auch vor dem Hintergrund möglicher Schadensersatzklagen, nachvollziehbar.

Nachdem kein weiterer Diskussionsbedarf bestand, wurde die Beschlussvorlage zu Abstimmung gebracht.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 7
Nein: 1
Enthaltung: 1
Befangen: 0

Nach erfolgter Abstimmung gab **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, den Antrag zu Protokoll, die Behandlung der Sondergebiete auf die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung zu nehmen.

2.2. Satzung über die Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungspl. Nr. 02 "Verkaufspavillons Heidestraße"
Vorlage: BV/078/2006/V-61

Nachdem übereinstimmend kein Einführungsbedarf zur Beschlussvorlage bestand, wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8
Nein: 0
Enthaltung: 0
Befangen: 0

2.3. Abwägung der zu den Entwürfen des Bebauungsplanes Nr. 152 Kleingartenanlage "Am Schenkenbusch" in Dessau-Törten vom 21.11.2001 eingegangenen Stellungnahmen der Bürger und der Träger öffentlicher Belange
Vorlage: BV/084/2006/V-61

Es bestand kein Einführungsbedarf.

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8
Nein: 0
Enthaltung: 0
Befangen: 0

2.4. Beschluss über den Bebauungsplan Nr. 152 Kleingartenanlage "Am Schenkenbusch" in Dessau-Törten in der Fassung vom 21.11.2005 als Satzung
Vorlage: BV/086/2006/V-61

Es bestand kein Einführungsbedarf.

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8
Nein: 0
Enthaltung: 0
Befangen: 0

2.5. Beschluss über die Abwägung der zu den Entwürfen des B-Planes Nr. 153 Kleingartenanlage "Lindenbreite" in Dessau-Alten vom 31.07.2002 eingegangenen Stellungnahmen der Bürger und der Träger öffentlicher Belange
Vorlage: BV/085/2006/V-61

In ihrer kurzen Einführung wies **Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes**, auf die Notwendigkeit der Verschlüsselung der Daten der Bürger hin, die Stellungnahmen zu den B-Planentwürfen eingereicht haben. Sollten in dieser Hinsicht Diskussionsbedarf bestehen oder Anfragen vorliegen, wäre eine Behandlung im nicht öffentlichen Teil der Ausschusssitzung durchzuführen.

Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9
Nein: 0
Enthaltung: 0
Befangen: 0

2.6. Beschluss über d. B-Plan Nr. 153 Kleingartenanlage "Lindenbreite" in Dessau-Alten in der Fassung vom 22.11.2005 als Satzung
Vorlage: BV/087/2006/V-61

Es bestand kein Einführungsbedarf.

Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gebracht.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9
Nein: 0
Enthaltung: 0
Befangen: 0

2.7. Umbau und Erweiterung der Grundschule Dessau-Kleinkühnau zur Kita "Pustebume" Kostenvergleich von Neubau und Sanierung Vorlage: IV/017/2006/VI-65

Herr Oberbürgermeister Otto übergab zur Erläuterung der Informationsvorlage das Wort an **Herrn Bekierz, Leiter des Hochbauamtes**, der daraufhin kurz auf das Kostenvergleichsverfahren der Neubauerrichtung einer Kindertagesstätte gegenüber der Sanierung / Umbau des Grundschulgebäudes einging. Nach Auswertung der Ergebnisse müsse klar festgestellt werden, dass sich ein Neubau im Vergleich zur bislang geplanten Sanierung des Bestandes unwirtschaftlicher darstellt.

Die Übersichtlichkeit der Gegenüberstellung der beiden Varianten anerkennend, bescheinigte **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, der Unterlage eine nachvollziehbare Darstellung als Grundlage der Entscheidungsfindung.

Auf die Frage des **Herr Schönnemann, PDS-Fraktion**, hinsichtlich offener Fragen bis zum Baubeginn, verwies **Herr Oberbürgermeister Otto** auf die Beanstandung des städtischen Haushalts, die die Handlungsmöglichkeiten derzeit einschränke. Ergänzend informierte **Herr Bekierz**, über die Mitteilung des Jugendamtes, Frau Förster, dass sich Änderungen im Bereich der Förderrichtlinien in Bearbeitung befinden, die eventuell eine Entlastung des städtischen Eigenanteils bedeuten. Eine zeitnahe Information des Ausschusses bei Veränderungen der Förderbedingungen wurde zugesichert.

Zur Kenntnis genommen.

2.8. Information zur Handhabung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Dessau Vorlage: IV/015/2006/VI-66

In seiner Einführung erinnerte **Herr Beigeordneter Gröger**, daran, dass es die Bitte der Ausschussmitglieder war, eine fundierte Information zur Handhabung der Straßenausbaubeitragssatzung sowie der Erläuterung des Verfahrens zu erhalten.

Die Übersichtlichkeit der Informationsvorlage kritisierend, hinterfragte **Frau Lohde, CDU-Fraktion**, den eigentlichen Inhalt der Unterlage hinsichtlich der Kostenerhöhung nach erfolgter Bürgerbeteiligung oder der Erläuterung des Prozederes.

Hintergrund der Bitte um weiter gehende Erläuterungen zur Straßenausbaubeitragssatzung seien Anfragen aus der Öffentlichkeit, so **Herr Schönnemann, PDS-Fraktion**, mit dem Schwerpunkt, dass spätere Aussagen zu den zu erwartenden Kosten, aufgrund der höheren

Sicherheit in der Kostenermittlung, zu einer höheren Akzeptanz bei den Bürgern führen würde. Es sei eine politische Entscheidung, zwischen der höheren Kostensicherheit nach der Leistungsphase 4 und den geringeren Honorarkosten nach der Leistungsphase 2 abzuwägen. Er plädiere für eine hohe Verbindlichkeit gegenüber den Bürgern.

Auf die Frage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, nach dem Unterschied der anfallenden Honorarsätze nach Leistungsphase 2 bzw. 4, nannte **Frau Jung, Tiefbauamt**, entsprechend § 55 der HOAI bis zur Leistungsphase 2 einen Satz von 17 % und bis zur Leistungsphase 4 einen Satz von 52 %, bezogen auf das Gesamthonorar, welches in etwa 14 % der Gesamtbausumme ausmacht. Ferner erläuterte sie weitere Randbedingungen, die sich auf die Kostenentwicklung der zu entrichtenden Straßenausbaubeiträge auswirken.

Mit dem Hinweis auf die, in der Vorlage aufgeführte Auflistung der Vorhaben, sei, so **Herr Beigeordneter Gröger**, festzustellen, dass es bei 18 von 21 Vorhaben, also in über 90 % der Fälle, gelungen ist, eine Verringerung der Kosten im Vergleich zu den Schätzungen zu erreichen. Der Anspruch einer hohen Kostensicherheit auch nach der Leistungsphase 2 wurde demnach erfüllt und eine Entlastung der Bürger erreicht. Die bislang aufgetretenen Differenzen zwischen den vorab ermittelten voraussichtlichen Straßenausbaubeiträgen und den tatsächlichen Abrechnungen rechtfertigen nicht die dreifach höheren Planungskosten durch zusätzliche Beauftragung der Leistungsphasen 3 und 4 und der damit einher gehenden zusätzlichen Belastung des städtischen Haushalts.

Ergänzend verwies **Herr Oberbürgermeister Otto** auf den notwendigen Abgleich der bestehenden Straßenausbaubeitragssatzungen im Rahmen der Fusion Dessau-Roßlau.

Zur Kenntnis genommen.

3. Öffentliche Informationen und Anfragen

3.1. Informationen des Oberbürgermeisters

Keine Informationen.

3.2. Informationen des Dezernates für Bauwesen und Umwelt

Wie eingangs zur Abstimmung auf Änderung der Tagesordnung festgelegt wurde, beschränken sich die Informationen des Baudezernates, so **Herr Beigeordneter Gröger**, auf die Punkte:

- Stadtumbau Ost, Quartierskonzept „Stadteinfahrt Ost“
- Neuausschreibung der Betreuung des Tierheims
- Stadtumbau Ost, Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen.

Da die erste Information durch eine Präsentation von Herrn Dr. Wallraf unterstützt werden soll, wurden die folgenden Punkte bis zu dessen Erscheinen vorgezogen.

3.2.1. Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen, Teilbereiche Gartenstraße, Ackerstraße, Lage: siehe Übersichtsplan Vorlage: BV/093/2006/VI-66

In seiner Einführung erläuterte **Herr Beigeordneter Gröger** das hier zur Diskussion stehende Einziehungsverfahren für Teilbereiche der Garten- und Ackerstraße im entstehenden Grünzug sowie die folgende Terminkette. Die Behandlung dieser Beschlussvorlage in der Stadtratssitzung am 29.03.2006 sei notwendig, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ein Rückbau dieser Verkehrsflächen noch in diesem Jahr erfolgen kann. Mit Verweis auf die Evaluierung des Dessauer IBA-Themas „Urbane Kerne – Landschaftliche Zonen“ im Oktober dieses Jahres wird der Dessauer Beitrag eine äußerst kritische Betrachtung erfahren. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Umsetzungsmaßnahmen zu forcieren und die Fortschritte seit dem letzten Evaluierungsgespräch im Oktober 2005 in angemessener Form zu präsentieren. Durch die Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen sei eine Zeichensetzung in der öffentlichen Wahrnehmung der bisher brach gebliebenen Flächen an diesen Straßen geplant.

Abschließend bat er um die Unterstützung der Fraktionen in Vorbereitung der Stadtratssitzung.

Frau Dr. Kegler, Leiterin des Umweltamtes, verwies nach Rückfrage des **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, hinsichtlich der Nachnutzung der eingezogenen Verkehrsflächen, auf die Festlegungen des Stadtentwicklungskonzeptes zur Entwicklung eines durchgehenden Grünzuges und der Herausbildung einer Stadtfolgelandschaft. In Verbindung mit den angrenzenden, nach Rückbau der Wohngebäude bereits begrünten Brachflächen werden die jetzigen Verkehrsflächen begrünt und in das Gesamtkonzept der Landschaftlichen Zonen einbezogen.

Diese Maßnahme als wichtige Botschaft für die Öffentlichkeit bezeichnend, bekräftigte **Herr Schöнемann, PDS-Fraktion**, das Erfordernis zur Schaffung einer weit reichenden Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung.

Abschließend betonte **Herr Oberbürgermeister Otto** die Notwendigkeit weiterer Verständigungen, an welcher Stelle, welche Maßnahmen diskutiert werden. Auch hinsichtlich der vielschichtigen Befindlichkeiten der Wohnungsunternehmen sei eine Abstimmung wichtig.

Übereinstimmend wurde eine Behandlung der Beschlussvorlage zur Einziehung öffentlicher Verkehrsflächen in der nächsten Stadtratssitzung befürwortet. Die Informationen werden durch die Ausschussmitglieder in die Fraktionen transportiert.

Zur Kenntnis genommen.

3.2.2. Neuausschreibung der Betreuung des Tierheims

Die Notwendigkeit der Neuausschreibung der Betreuung des Dessauer Tierheims sowie die Rahmenbedingungen und Fristen des Ausschreibungsverfahrens erläuternd, benannte **Frau Dr. Kegler, Leiterin des Umweltamtes**, mit dem 20.03.2006 sowie dem 19.04.2006 die Termine für die Abforderung der Ausschreibungsunterlagen sowie den Submissionstermin. Der Vergabebeschluss in der OB-Dienstberatung sei für den 12.05.2006 geplant, so dass die Behandlung im Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt am 30.05.2006 erfolgen kann. Von den Anbietern wird ein umfassendes Betreiber- und Finanzkonzept gefordert.

Nachdem keine Rückfragen geäußert wurden, dankte **Herr Oberbürgermeister Otto** für die Ausführungen und erteilte **Herrn Dr. Wallraf, Stadtbüro Hunger**, das Rederecht für die Vorstellung des Quartierskonzeptes „Stadteinfahrt Ost“.

3.2.3. Stadtumbau Ost, Quartierskonzept "Stadteinfahrt Ost"

In der Präsentation der Planungsergebnisse zum Quartier „Stadteinfahrt Ost“ ging **Herr Dr. Wallraf** zu Beginn auf grundlegende Betrachtungen zur geschichtlichen Entwicklung, den wesentlichen Elementen, Besonderheiten, Eigentumsverhältnissen, Einwohnerzahl und der Altersstruktur ein. Neben den Stärken und Schwächen zeigte er Risiken und Potenziale der weiteren Entwicklung auf. Als Leitbild der Quartiersentwicklung und Ansatzpunkte der Stadtumbaustrategie nannte er die Reaktivierung wichtiger öffentlicher Bauten, wie z. B. die Stadtschwimmhalle, das AOK-Gebäude sowie das Alte Theater in den Innenbereichen. Anhand von Planzeichnungen erläuterte er den Konzeptplan, einschließlich Varianten für die einzelnen Quartiersbereiche HORTEN-Standort, Schlossplatz und am Philantropinum.

Auf die Beratungen mit den Wohnungsunternehmen hinweisend, ergänzte **Herr Beigeordneter Gröger**, dass das Quartierskonzept einen großen Handlungsbedarf hinsichtlich der Fortführung der Sanierung der Wohnungsbestände ausweist. Zu den Ergebnissen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen der Unternehmen zur Entwicklung ihrer Bestände in der Innenstadt wird in der nächsten Ausschusssitzung informiert.

Nachdem **Herr Kopf, CDU-Fraktion**, die Vorstellungen zur Revitalisierung des HORTEN-Standorts eher als Wunschdenken darstellte hinterfragte er die Beteiligung von Handelsexperten bei der Erarbeitung dieses Konzepts. Seiner Meinung nach stelle die Trennung der verschiedenen Handelsschwerpunkte durch eine Bundesstraße und die Distanz zum Rathaus-Center eine unüberwindbare Hürde dar. Die Entwicklung, die nach der Belebung eines zweiten Handelsstandorts aufgezeigt wird, führe zu einer Bankrotterklärung für den Bereich Zerbster Straße.

Grundlagen der Quartiersplanungen seien u. a. die Gespräche mit dem Projektentwickler, der im Auftrag des Eigentümers den HORTEN-Standort derzeit bearbeitet, so **Herr Dr. Wallraf**. Zur Problematik Bundesstraßen und der Entfernung zwischen den Standorten verwies **Herr Oberbürgermeister Otto** auf das Verkehrsentwicklungskonzept sowie auf die Einzelhandelsstudie, die eine Schwerpunktsetzung zur Ableitung der Kaufkraft aus dem Rathaus-Center und von der „Grünen Wiese“ vorsieht. Mit dem Hinweis darauf, dass in der Stadt auch früher die Funktionen in einem großem Bereich verteilt waren, bat er um Verständnis, am heutigen Tag eine Grundsatzdiskussion zum HORTEN-Standort zu vermeiden. Die Hauptaussage des Konzepts, unterstrich anschließend **Frau Jahn, Leiterin des Stadtplanungsamtes**, sei die Entwicklung des Gemeinwesens als zukünftige Schwerpunktaufgabe.

Frau Lohde, CDU-Fraktion, kritisierte, dass das Quartierskonzept den Ausschussmitgliedern nicht im Vorfeld zur Kenntnis gegeben wurde. So sei eine heutige Diskussion der Planungsergebnisse nur in Ansätzen möglich. Sie hätte sich von der Planung nähere Aussagen zum Bereich Stadteinfahrt und Schlossplatz gewünscht und hinterfragte, aufgrund der gezeigten Variantendarstellungen, ob die Abrissalternative am HORTEN-Standort einen konkreten Hintergrund habe.

Vor dem Hintergrund der derzeit durchgeführten Sicherungsmaßnahmen am Gebäude, erläuterte **Herr Oberbürgermeister Otto**, muss der Eigentümer über kurz oder lang über den Abriss entscheiden, aktuellere Planungen lägen nicht vor.

Für **Herrn Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen**, stellte die heutige Präsentation die Vermittlung eines ersten Eindrucks in die Entwicklung des Quartiers dar. Er schätzte die geringe Anzahl der Eigentümer als Vorteil ein. Mit dem Ziel gemeinsame Strategien zu suchen, sei die Aufgabenstellung dahingehend zu korrigieren, einen Weg aufzuzeigen, wie diese Pläne, mit einem Blick über die Quartiersgrenzen hinaus, realisiert werden können.

Die weitere Diskussion bezog sich auf Detailbetrachtung einzelner Quartiersbereiche und Wohnumfelde, die aber nach übereinstimmender Meinung nach Ausreichung einer Kurzfassung des Konzepts, eventuell in einer separaten Beratung, weiter geführt werden soll.

Auf die Forderung des **Herrn Buro, CDU-Fraktion**, nach einem Konzept zur Entwicklung des Standorts Zerbster Straße, verwies **Herr Beigeordneter Gröger** auf die in Bearbeitung befindlichen Quartierskonzepte „Agnesviertel“ und „Am Leipziger Tor“, deren Ergebnisse in den nächsten Ausschusssitzungen vorgestellt werden. Sein Vorschlag einer separaten Diskussionsrunde zur Vorstellung aller künftigen Investitionen in der Innenstadt und anschließender Diskussion mit den drei großen Wohnungsunternehmen, um deren Befindlichkeiten bei der Investitionsplanung einzuschätzen, fand die Unterstützung des **Herrn Oberbürgermeister Otto**.

Abschließend wurde festgelegt, dass für die weiteren Quartierskonzepte eine Ausreichung der Kurzfassungen im Vorfeld der Sitzungen erfolgt und nach Verständigung im politischen Raum und Diskussion mit den Wohnungsunternehmen eine Entscheidung hinsichtlich der Beteiligung der Öffentlichkeit gefällt wird.

3.3. Informationen und Anfragen der Ausschussmitglieder

Nach der Information des Dezernats für Bauwesen und Umwelt in der letzten Ausschusssitzung am 11.01.2006 zur Thematik „Brenntage“ waren die Ausschussmitglieder zur Rückinformation hinsichtlich der fraktionsinternen Meinungsbilder für die heutige Sitzung aufgefordert. Hierzu wurde vereinbart, dass dieser Punkt auf den nächsten Sitzungstermin verschoben wird und Eingang in die Tagesordnung findet.

Eine Anfrage des **Herrn Kopf, CDU-Fraktion**, richtete sich nach aktuellen Verkehrsregelungen im Bereich Puschkinallee, die teilweise Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 Km/h im Kurvenbereich, und die Ziebigker Straße, Geschwindigkeitserhöhung auf 50 Km/H in Höhe der Apotheke, kurz vor der Kreuzung Gropiusallee.

Die Regelungen im Kreuzungsbereich der Ziebigker Straße / Gropiusallee begründen sich in neuen Verkehrsvorschriften, die diese Regelungen vorschreiben, erläuterte **Herr Oberbürgermeister Otto**. Aufgrund von Bürgereingaben und einer potentiellen Gefährdung der Radwegbenutzer werde für die Zeit der Prüfung alternativer Maßnahmen, die Geschwindigkeit im Kurvenbereich der Puschkinallee reduziert.

Ein Vorschlag zur Lösung dieses Problem schlug **Herr Dr. Schmidt, Fraktion Bürgerliste / Die Grünen** mit der Anbringung von „Starenkästen“ vor, die an anderen Stellen entscheidend zur Erziehung der Verkehrsteilnehmer beitragen.

Auf die Rückfrage von **Frau Lohde, CDU-Fraktion** in Bezug auf ein Konzept zur Regelung der Grundstückspreise nach Abriss, verwies **Herr Beigeordneter Gröger** auf die aktuelle Wertentwicklung brach gefallener Grundstücke, deren Bodenrichtwert bislang nicht den Gegebenheiten angepasst wurde. Es seien seitens der Verwaltung u. a. Gespräche mit dem Innenministerium zu dieser Problematik geführt worden, um ein notwendiges Umdenken anzustrengen. Zur Wertermittlung eines brach gefallenen Grundstücks durch den Gutachterausschuss liegt mittlerweile ein Mustergutachten vor, dass bei Bedarf bei Herrn Gröger eingesehen werden kann.

Nachdem keine weiteren Informationen und Anfragen vorlagen, erfolgte die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Dessau, 06.11.06

Hans-Georg Otto
Vorsitz Ausschuss für Bau, Stadtplanung,
Vergabe und Umwelt

Unterschrift Schriftführer